

## Pressemitteilung

### Neue Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO gibt den unsichtbaren ArbeiterInnen Rechte

Berlin, den 17. Juni 2011

Gestern, am 16. Juni, hat die ILO auf ihrer 100ten Internationalen Arbeitskonferenz ein neues Übereinkommen (Nr.189) für den Schutz der Arbeitsrechte der HaushaltsarbeiterInnen weltweit angenommen. Dieses neue Übereinkommen ist Ergebnis eines langen und erfolgreichen Kampfes auf internationaler Ebene, der von vielen Organisationen von HaushaltsarbeiterInnen initiiert wurde.

Wir als Respect-Initiative Berlin begrüßen diese neue Konvention, da zum ersten Mal ein bisher unsichtbarer Sektor anerkannt und durch eine Norm über die Rechte der ArbeitnehmerInnen geregelt wird. Wir betrachten dieses Übereinkommen als Fortschritt, weil es einen bisher informellen Sektor reguliert, in dem überwiegend Frauen und, in den europäischen Staaten, MigrantInnen arbeiten.

Dieses neue Übereinkommen gibt den HaushaltsarbeiterInnen die gleichen Rechte wie allen anderen ArbeitnehmerInnen. Mit der Konvention 189 wird beabsichtigt, die Diskriminierung von HaushaltsarbeiterInnen, unter anderem beim Mindestlohn, bei der Sozialversicherung und bei den Arbeitszeiten, zu beenden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass in Deutschland in diesem Sektor viele Migrantinnen arbeiten. Sie führen eine für diese Gesellschaft notwendige Arbeit aus, aber die Migrationspolitik hält sie in der Illegalität und zwingt sie, unter prekären Arbeitsbedingungen zu arbeiten, obwohl theoretisch die bestehenden ArbeitnehmerInnenrechte für sie genauso gelten wie für alle anderen.

Wir als Respect Berlin fordern die Ratifizierung dieser neuen ILO-Konvention. Zugleich müssen wir klarstellen, dass die Nicht-Diskriminierung von HaushaltsarbeiterInnen in Deutschland erst dann wirksam werden kann, wenn ein gesetzlicher Mindestlohn und das Recht auf Sozialversicherung ab der ersten Stunde – d. h. die Abschaffung des Mini-Job-Regimes – eingeführt wird, und wenn das sogenannte Zuwanderungsgesetz abgeschafft wird.

Kurzfristig fordern wir die Abschaffung des Paragraphen 87 Aufenthaltsgesetz, der öffentliche Stellen verpflichtet, ImmigrantInnen ohne Papiere zu denunzieren. So könnten diese ihre Arbeitsrechte ausüben und wenn notwendig auch vor Gericht einfordern, ohne Angst haben zu müssen, dass dies eine Abschiebung nach sich zieht.

Respect Berlin

Für die Rechte der ImmigrantInnen in der Haushaltsarbeit

